

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

21.2.1928 (No. 44)

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und dem
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.- RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Abat, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Beirteilung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erhaltungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Ausschaltung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Tagung des Sicherheitsausschusses in Genf

Die deutschen Vorschläge

Das Sicherheitskomitee ist Montag vormittag in Genf unter dem Vorsitz des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Beneš zu seiner zweiten Tagung zusammengetreten. Die Bildung dieses Komitees erfolgte bekanntlich anfangs Dezember auf Grund eines Beschlusses der letzten Völkerbundsversammlung. Dem Sicherheitskomitee gehören sämtliche im Vorbereitenden Abrüstungsausschuss vertretenen Staaten, darunter auch alle Mächte, an, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, die ihre Teilnahme abgelehnt haben, während die sowjetrussische Regierung durch einen Beobachter in der Person von Boris Stein vertreten ist. Deutschland ist durch den ehemaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Simson, vertreten.

Für die neue Tagung des Komitees liegen die Ende Januar in Prag ausgearbeiteten Berichte des finnischen Delegierten Kallio über das Schiedsproblem, des griechischen Delegierten Politis über das Sicherheitsproblem und des holländischen Delegierten Rutgers über die Auslegung gewisser Bestimmungen des Völkerbundsstatutes vor. Diese Berichte haben für die Beratungen des Sicherheitskomitees nur die Bedeutung von vorbereitenden Material zur Information der Komiteemitglieder, die vollkommen unabhängig über die weitere Art der Verhandlungen und über ihre Zielsetzung zu bestimmen haben. Diese Auffassung untertrifft auch Beneš in seiner Eröffnungsrede. Nach diesen Denkschriften, so fügte Beneš hinzu, soll es nicht dem Völkerbund zustehen, sondern den verschiedenen Staaten überlassen bleiben, in vollkommener Freiheit Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in bestimmten Gebieten zu ergreifen. Für den Erfolg der jetzigen Tagung bezeichnet Beneš eine eingehende Aussprache über die einzelnen Seiten des Kriegs- und Sicherheitsproblems als wichtigste Voraussetzung. In Völkerbundsreisen wird damit gerechnet, daß die Tagung des Sicherheitskomitees etwa acht bis zehn Tage dauern wird und auf jeden Fall vor der am 5. März beginnenden Ratstagung abgeschlossen werden kann.

Die allgemeine Diskussion wurde von dem englischen Delegierten Guthrie eröffnet. Er empfahl für den als ergänzende Maßnahme zu fördernden Abschluß von Regionalverträgen die Vornotverträge zum Muster zu nehmen. Dem finnischen Vorschlag auf Organisation der finanziellen Unterstützung angegriffener Staaten legte die britische Regierung besonderes Gewicht bei.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung gab der deutsche Delegierte, Staatssekretär z. D. v. Simson, eine längere Darlegung des deutschen Standpunktes. Seine Rede entspricht den von der deutschen Regierung in ihrer Denkschrift entwickelten Gedankengängen, geht jedoch infolgedessen über diese Denkschrift hinaus, als sie auf dem Gebiete der Kriegsverhütung eine Reihe bedeutsamer praktischer Anregungen gibt. Mit großem Nachdruck entwickelte v. Simson die These, daß der Ausbau der Sicherheit notwendig die Schaffung eines bestmöglichen Verfahrens zur friedlichen Regelung aller Streitfälle ohne jede Ausnahme mit umfassen müsse. Für die politischen Streitfragen hält v. Simson den Ausbau des Ermittlungsverfahrens für am zweckmäßigsten, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit in diesen Fragen noch nicht erreichbar sei. Die deutsche Anregung geht dahin, die Staaten könnten sich verpflichten, einseitige Verfügungen zur Ausführung zu bringen, die präjudiziale Maßnahmen hinsichtlich der Streitgegenstände verhindern sollen. Auf dem Gebiete der Präventivmaßnahmen regte v. Simson an, daß sich die Staaten verpflichten könnten, Empfindungen des Rates über die Aufrechterhaltung des militärischen status quo zu befolgen und, falls bereits Feindseligkeiten ausgebrochen sind, einen Waffenstillstand zur Schaffung eines neutralen Gebietes zwischen den beiderseitigen Streitkräften zu schließen. Der Redner nahm hinsichtlich der regionalen Pakte eine etwas skeptische Haltung ein. Sie dürften keinerlei Spitze gegen außenstehende Staaten enthalten, da hierdurch eine Art Defensiv-Allianz geschaffen würde, die für den Völkerbund durch die Schaffung einzelner Staatengruppen außerordentlich gefährlich werden würde.

Nach v. Simson sprachen noch der japanische Vertreter Sato und der polnische Vertreter Sosal, die beide die deutschen Anregungen in bezug auf die Ausführung einseitiger Verfügungen des Rates auf Grund einer im voraus eingegangenen entsprechenden Verpflichtung und ferner zur Aufrechterhaltung des militärischen status quo selbst nach Ausbrechen von Feindseligkeiten als sehr interessant bezeichneten. Insbesondere forderte Sosal eine gründliche Prüfung dieser letzteren Anregung, die, wenn sie verwirklicht werden könnte, nach seiner Auffassung eine genaue und wirksame Kontrolle des Völkerbundsstatus über den Verlauf der Feindseligkeiten notwendig machen würde.

Der sowjetrussische Abrüstungsvorschlag

Die sowjetrussische Regierung hat dem Generalsekretariat des Völkerbundes einen Konventionsskizzenentwurf über die allgemeine und vollständige Abrüstung überreichen lassen. Der Entwurf ist auf den programmatischen Erklärungen aufgebaut, die die sowjetrussische Delegation bei der kurzen Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses Ende November v. J. abgegeben hat und von einer Note begleitet, die von Witwinow, dem damaligen Führer der sowjetrussischen Delegation, unterzeichnet ist.

Letzte Nachrichten

Die Schwierigkeiten des Notprogramms

M. Berlin, 21. Febr. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett hat sich gestern mit dem sogenannten Notprogramm beschäftigt. Ein amtliches Kommuniqué über das Ergebnis der Beratung ist nicht ausgegeben worden. Doch scheint es, als ob eine Einigung erzielt worden ist. In politischen Kreisen ist man jedoch nach wie vor der Auffassung, daß die Durchführung wahrscheinlich unmöglich sein wird, weil jeder Änderungsantrag der Opposition innerhalb der Regierungskoalition teilweise Zustimmung finden wird, und weil man es am Samstag nicht gewagt hat, die Opposition auf einen endgültigen Verzicht auf jeden Änderungsantrag festzulegen. Infolgedessen ist man nach wie vor der Ansicht, daß der Reichstag nicht bis Ende März zusammengehalten sein wird, daß dann die Auflösung früher erfolgen, und dementsprechend auch früher die Wahlen stattfinden müssen.

Die Außenhandelsbilanz des Januar

M. Berlin, 21. Febr. (Tel.) Der deutsche Außenhandel im Januar zeigt im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 508 Millionen Reichsmark gegen 304 Millionen Reichsmark im Dezember. Die Einfuhr im reinen Warenverkehr ist im Januar gegenüber dem Vormonat um 113 Millionen gestiegen. Dies erklärt sich zum beträchtlichen Teil aus den Terminabrechnungen im Niederlagverkehr. So erscheint auch die Einfuhr an Lebensmitteln, die in besonders umfangreicher Weise an diesem Verkehr beteiligt sind, besonders erhöht: um 33 Millionen, aber auch die Einfuhr an Rohstoffen (um 11 Millionen Reichsmark), die Einfuhr an Fertigwaren (um 18 Millionen Reichsmark) zeigt eine Zunahme.

Bei der Ausfuhr ist dagegen eine Abnahme um 91 Millionen Reichsmark festzustellen, die zum Teil auf saisonmäßige Einflüsse zurückzuführen ist. Am Rückgang nahmen teil: die Ausfuhr von Fertigwaren mit 78 Millionen, von Lebensmitteln mit 8 Millionen und von Rohstoffen mit 5 Millionen. Trotz der beträchtlichen Abschwächungen liegt die Ausfuhr nicht nur beträchtlich über der Ausfuhr der Monate Januar der beiden Vorjahre, sondern auch noch über dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1927.

Das Saarabkommen unterzeichnet

M. Berlin, 21. Februar (Priv.-Tel.) Das deutsch-französische Saarabkommen ist gestern unterzeichnet worden. Die letzten Schwierigkeiten, die noch auftraten, betrafen die Frage des Berufungsausschusses über eventuelle Reklamationen und die Frage saarländischer Exportkontingente. Die deutsche Forderung, daß uns das Recht vorbehalten bleibt, einseitige Tarifbegünstigungen saarländischer Erzeugnisse, die in dem Abkommen nicht vorgesehen sind, wieder zu beseitigen, bildete ferner eine Schwierigkeit. Beide Punkte sind zur allgemeinen Zufriedenheit erledigt worden.

Das Tanger-Abkommen

M. Berlin, 21. Febr. (Priv.-Tel.) Meldungen aus Tanger, denen man in Paris noch mit gewisser Skepsis gegenübersteht, besagen, daß die französisch-spanischen Verhandlungen über Tanger nun endgültig beendet sind. Es handelt sich um keinen diplomatischen Vertrag, sondern um ein freundschaftliches Abkommen, das nach der Genehmigung durch Großbritannien und Italien bedarf. Wahrscheinlich wird noch eine Konferenz der vier Mächte stattfinden.

Unterredung Stresemanns mit Titulescu

M. Berlin, 21. Febr. (Tel.) Wie das „Journal“ aus Rizza berichtet, hat Reichsaussenminister Dr. Stresemann gestern nachmittag eine Unterredung mit dem rumänischen Außenminister Titulescu gehabt, über die das Sekretariat Stresemanns folgendes Kommuniqué ausgab: „Der rumänische Außenminister Titulescu hat Reichsaussenminister Dr. Stresemann in Kap Martin einen Besuch abgestattet. Im Verlauf der Unterredung haben die beiden Minister verschiedene ihre Länder interessierende Fragen in freundschaftlichem Geiste geprüft.“

Die Versorgungsbede. Auf Wunsch des Reichstages hat Reichsinnenminister v. Meudell eine Zusammenstellung über die in den letzten Jahren ausgefallenen Versorgungsbede vorgelegt. Daraus ergibt sich, daß im Jahre 1926 bei der Wehrmacht 3254 Versorgungsbede ausgefällt wurden und bei der Schutzpolizei 4231.

Arbeiterfrage u. Weltwirtschaft

Ein Kapitel vom Arbeitslohn und Warenpreis

Von Dr. Klaus Buschmann, Berlin

Der hervorragende Nationalökonom Sartorius von Waltershausen, ehemals Professor an der Universität Straßburg, ließ seinem 1926 erschienenen Werke „Die Weltwirtschaft und die staatlich geordneten Verkehrtwirtschaften“ neuerdings als Ergänzung ein Buch „Weltwirtschaft und Weltanschauung“ (Verlag Gustav Fischer, Jena) folgen, das in den Abschnitten über Sozialismus und Arbeitslohn eine Kritik des Marxismus vom weltwirtschaftlichen und handelspolitischen Standpunkte bringt. An einer solchen hat es bisher in der wissenschaftlichen Literatur ganz gefehlt, und es dürfte deshalb von Interesse sein zu hören, was Sartorius darin sagt. Wir geben im folgenden einen kurzen Auszug aus diesen Ausführungen, ohne daß wir sie uns dadurch vorbehaltlos zu eigen gemacht haben möchten, denn in manchen Punkten kann man auch anderer Ansicht sein:

Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter starren, obwohl in der Feindseligkeit des Auslandes die Ursache der Wirtschaftskrise gar nicht zu verkennen ist, unentwegt auf den ihnen eingehämmerten Lehrsatz: Der Kapitalist bereichert sich an uns durch seinen Gewinn (Mehrwert). Könnten wir den Gewinn auf uns verteilen, so würde die Arbeitsvergütung erst gerecht und reichlich ausfallen sein. Man hat ihnen die kuriose Lehre mundgerecht gemacht, man möge nur die Löhne erhöhen, dann werde auch eine größere Warennachfrage in der Volkswirtschaft kommen. Das kann sich aber doch nur auf solche Waren beziehen, die die Arbeiter verbrauchen. Würden die Löhne auf Kosten des Gewinnes gesteigert, so würden die Gewinnbezieher weniger einkaufen. Und einmal ganz abgesehen von diesem Einwand, bedeutet der Vorschlag nichts anderes, als daß eine künftige Produktivität mittels Kredit an die Arbeiter geschaffen werden soll. Ob sie eintritt, ist immerhin zweifelhaft, nicht zweifelhaft aber ist, daß der Arbeitgeber den Vorschlag zu leisten hätte. Wie das ein Deutscher in der heutigen geschwächten Volkswirtschaft soll leisten können, ist unauffindbar. Der kapitalistische Gewinn ist nun einmal für das Gedeihen der Weltwirtschaft ebenso notwendig wie für dasjenige der Volkswirtschaft. Der Unternehmer ist in jener für die hier besonders schwierige Schätzung des Bedarfs erst recht nicht zu entbehren.

Da eine steigende Konjunktur zugleich steigende Löhne und steigende Warenpreise bringt, so werden die ersteren durch die letzteren, mit den Ausgaben der Arbeiter als Konsumenten, geschwächt. Damit ist aber nicht behauptet, daß beide sich ausgleichen. Denn die Warenpreissteigerung, die erhöhten Löhnen entsprechend folgt oder mit ihnen zusammenfällt, wird von allen Konsumenten getragen, nicht bloß von den Arbeitern, woraus sich ergibt, daß die Steigerung der Löhne diejenige der Waren übertrifft. Wenn nun aber bei günstiger Konjunktur der steigende Warenoberschlag zu einer Preisermäßigung führt, etwa weil durch Massenverkauf die Kosten sinken, so haben die Arbeiter den doppelten Vorteil. In den Vereinigten Staaten wird diese Preis- und Lohnpolitik von vielen Unternehmern angestrebt (dort stiegen von 1913 bis 1926 die Löhne von 100 auf 250, die Warenpreise aber nur von 100 auf 151), derzufolge dann die soziale Auffassung Platz greifen konnte, daß Kapitalisten und Arbeiter gleichberechtigte und gleichdienende Gemeinschaftsproduzenten seien, die durch keinen Klassen Gegensatz getrennt wären. Schon Henry George, der berühmte amerikanische Verfasser der Schrift „Fortschritt und Armut“, hat den Satz verteidigt, daß Arbeit und Kapital Brüder seien, die gegen den gemeinsamen Gegner, den Monopolisten der Bodenrente, zusammenzuhelfen hätten. Die heutige amerikanische Auffassung, wie z. B. diejenige von Henry Ford, geht gegen einen anderen Monopolisten, gegen das New Yorker Finanzkapital, das die Landesindustrie in seine Hand zu bekommen bemüht sei, zum gemeinsamen Schaden von Arbeit und Kapital.

An die Hebung der führenden großen Industrien denkt man zumeist, wenn von dem wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands gesprochen wird. Die Klage ist verbreitet, daß in der internationalen Konkurrenz sei uns zu teuer gearbeitet werde. Es müsse der gesunkenen Kaufkraft der Verbraucher im In- und Auslande durch Preislenkung, die eine Verringerung des Produktionsaufwandes voraussetze, entgegengekommen werden. Die erwarteten Änderungen der Industrie zu diesem Zwecke werden in das Wort Rationalisierung zusammengefaßt,

worunte erstens die Verbesserung der Werkzeuge und Maschinen nebst der Maschinenvorbereitung, zweitens die der Betriebsorganisation oder die Anpassung der arbeitsteilig spezialisierten Tätigkeit an die Maschine, insbesondere auch der enge, jeden Zeitverlust vermeidende Anschluß einer Arbeit an die andere, drittens der Neubau von Dampf- und Wasserkraftwerken, viertens die Auswahl und Anstellung der Arbeiter nach ihrer Befähigung verstanden werden. Fünftens muß dazu auch das soziale Zusammenarbeiten von Unternehmer und Arbeiter, also der Ausschluß des Klassenkampfes, besonders der unproduktiven Zustände und Aussperrungen gerechnet werden. Amerikanische Vorbilder liegen hier vor. Dabei ist es allerdings klar, daß das kleine, dichtbevölkerte und politisch geknechtete Deutschland den großen, dünn bevölkerten, freien Vereinigten Staaten aus der dortigen Praxis vieles nicht nachmachen kann, aber die Prinzipien zurückzuweisen, liegt kein Grund vor. Und in der Tat haben in den letzten Jahren manche Betriebe, namentlich in der Kohlen- und Eisenindustrie, schon Neuerungen unter eigenartig deutscher Anwendung jener Grundsätze zu verzeichnen. Andere deutsche Fabrikationszweige, wie die chemischen, bedürfen des ausländischen Vorbildes oder Rates nicht, da sie selbst führend in der Weltwirtschaft sind.

Um zu einer leidlichen ökonomischen Unabhängigkeit zu gelangen, muß das heutige Deutsche Reich aber vor allem seine Landwirtschaft nicht nur auf den durchschnittlichen Intensitätsgrad heben, der 1913 gewonnen war, sondern wegen der verminderten Ackerbaufläche auf einen noch höheren. Tatsächlich beträgt der Durchschnittsertrag der gesamten landwirtschaftlichen Betriebe nur die Hälfte von dem, was gut intensiv geleitete Güter leisten. Bedenkt man, daß 22 Millionen Menschen oder 35,65 v. H. der Reichsbevölkerung in Ortschaften unter 2000 Einwohnern leben (1925), so sind das Personen, die größtenteils der Landwirtschaft zugerechnet werden müssen, überwiegend unmittelbar, mittelbar nur zum kleinen Teil. Welche Nachfrage nach Industrieprodukten diese Volksganz ausüben könnte, wenn ihre Kaufkraft zum höchst erreichbaren Grade ansteige, läßt sich vergleichsweise daraus ableiten, daß der Geldwert der landwirtschaftlichen Produktion um 1913 dem der industriellen gleichkam.

Doch um zum Ausgangspunkt zurückzuführen: Die Arbeiterchaft, soweit sie marxistisch denkt, ist durch bloße Kritik ihrer Lehren nur langsam zu bekehren. Freilich ist ihr selbst ihr System kein läckenloses mehr. Auch die Vorgänge in Rußland haben für die Beurteilung des Zukunftsstaates ernüchternd gewirkt, und Tatsachen überzeugen mehr als noch so logisch durchgeführte Beweise. Der Mehrwertsglaube ist indessen noch nicht erflüht. Ein solch fundamentaler Glaubenssatz kann auch nur durch einen neuen Glauben verdrängt werden, den Glauben, daß der Lohn durch die volks- und weltwirtschaftliche Produktivität bestimmt wird. Hinter dieser Einsicht steht die Weltanschauung des sozialen Ganzen. Jetzt, wo das deutsche Volk politisch fast erdrückt, wirtschaftlich ausgebeugt, kulturell zu Boden geworfen ist, sollte da nicht der Gedanke zünden können, daß nur die geschlossene, sich als Ganzes verstehende Einheit der einzige Weg zum Wiederaufstieg aus dem Elend ist? Leben wir nicht unter einem Druck von Tatsachen, dem sich niemand in diesem Sinne entziehen kann? Sehr zu wünschen ist, daß die Arbeiter vollen Anteil nehmen an der Wirtschaftspolitik ihres Landes. Sie sollten nicht mehr sagen, daß diese Politik eine Angelegenheit sei, die nur die Kapitalistenklasse angehe. Daraus folgt nicht, daß die Arbeiter gegen die Unternehmer keine Ansprüche besonderer Art haben. Sie werden ihren Anteil an der wachsenden Produktivität verlangen, und um dieser Forderung zu genügen, werden auch die Gewerkschaften noch weiterhin durchaus tauglich sein.

Reparationen und internationale Finanzlage

W.D. London, 21. Febr. (Tel.) Der Wirtschaftsfachverständige Sir George Paish sagte gestern abend in einer Rede: Wir stehen inmitten einer sehr großen Finanzkrise, wie bald sie sich zu einer dramatischen Krise entwickeln wird, weiß ich nicht. Ich glaube aber, daß der Anfang der Krise in Amerika bereits eingetreten ist, wo umfangreiche Effektivverkäufe im Gange sind. Amerika hat Europas Bedürfnisse an Lebensmitteln und Rohstoffen finanziert. Aber wie soll Europa seine Verpflichtungen gegenüber Amerika erfüllen, wenn das amerikanische Volk nicht bereit ist, sich mit unseren Waren bezahlen zu lassen? In diesem Jahre werden wir den schärfsten Wettbewerb zwischen den industriellen Nationen erleben, den die Welt je gesehen hat. Deutschland muß für 100 Millionen Pfund Sterling Waren verkaufen, um die Reparationszahlungen zu bestreiten, falls es das dazu nötige Geld nicht durch Anleihen aufbringt. Diese Reparationszahlungen fügen uns und anderen Nationen unermeßlichen Schäden zu. Mein Vorschlag ist, die Krise wenigstens zu vertagen dadurch, daß Amerika noch weitere Kredite gewährt, um die Lage zu erleichtern und daß Deutschland die Erlaubnis erhält, weitere Anleihen aufzunehmen und daß diese Anleihen bis zu einer gewissen Höhe der Vorrang vor den Reparationen eingeräumt wird. Aber zur Behebung dieser ganzen Schwierigkeiten müssen die Handelsbarrieren fallen. Bis zum Frühjahr 1929 müssen diese Probleme gelöst sein.

Die Neubekleidung des britischen Botschafterpostens in Berlin

W.D. London, 21. Febr. (Tel.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, in diplomatischen Kreisen werde allgemein erwartet, daß der gegenwärtige Botschafter in Madrid, Sir Horace Kumbold, den freigewordenen Berliner Botschafterposten erhalten wird. Ferner würden als mögliche Kandidaten bezeichnet die britischen diplomatischen Vertreter in Rom, Brüssel und Peking.

Die Regierungsbildung in Jugoslawien. Marinkowitsch hat, wie aus Belgrad gemeldet wird, das Mandat zur Bildung einer auf breiter Grundlage stehenden Konzentrationsregierung angenommen.

Politische Neuigkeiten

Die Freigabebill vor der Erledigung

Der amerikanische Senat hat am Montag die Freigabebill angenommen. Der Antrag des Senators Fletcher, die Entschädigung für deutsche Schiffe und Patente von 100 auf 75 Millionen Dollar herabzusetzen, sowie alle anderen Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Darauf wurde die Freigabebill ohne namentliche Abstimmung in der vom Senatsausschuß vorgeschlagenen Form angenommen. Heute tritt nunmehr eine Konferenz von Delegierten beider Häuser des Kongresses zusammen, um über die vom Senatsausschuß an der Vorlage vorgenommenen Änderungen zu beraten. In Kreisen des Ausschusses wird angenommen, daß die Bill am Freitag in beiden Häusern endgültig verabschiedet werden kann.

Reden Lohes und Scheidemanns

Die Sozialdemokratische Partei eröffnete in Kiel den Wahlkampf mit einer großen öffentlichen Kundgebung, in der Reichspräsident Loh eine Rede hielt. Er führte dabei u. a. aus, die Wahlen müßten zeigen, daß in Deutschland ein friedliches, ein kriegsfeindliches Volk lebe. In unseren weiteren Zielen verfolgen wir, so sagte Loh weiter, einen Bund der gegenseitigen Hilfe. Trotz der Deutschland angetanen Unrechte im besetzten Gebiet wolle es mit Frankreich doch zu einem Frieden kommen, ein Grund, der die Partei bewegen habe, die Politik Dr. Stresemanns zu unterstützen. Die Sozialdemokratie sei bereit, der Notlage der Landwirtschaft die hierzu geeigneten Mittel entgegenzusetzen. Die Reichswehr müsse zu einem zuverlässigen Schutz der deutschen Lande ausgebaut werden.

In einer öffentlichen sozialdemokratischen Versammlung in Frankfurt a. M. sprach am Sonntag vormittag Reichstagsabg. Scheidemann über die politische Lage. Da es in Deutschland unmöglich sei, daß eine Partei die Regierung bilde, setzte sich der Redner für eine Koalition der Sozialdemokratie mit den Parteien ein, mit denen sie ein Stück Weges gemeinsam gehen könne. Durch diese Mitarbeit könne sie praktisch das Los des schaffenden Volkes verbessern. Die Sozialdemokratie werde sich für die Erledigung des Etats einsetzen, jedoch habe sie große Bedenken dagegen, daß man für die Landwirtschaft Hilfsmassnahmen fordere, die indirekt den Lebensunterhalt der breiten Massen verteuern. Zum Schluß wandte sich der Redner scharf gegen die Kommunisten.

Der neue Ford für Deutschland nicht zugelassen

Der Dampfesselüberwachungsverein, die für Zulassung in- und ausländischer Kraftfahrzeuge aller Art zuständige Behörde, hat nach Prüfung des mit sehr großer Melame angefüllten neuen Ford auf seine Verkehrseignung und Betriebssicherheit erklärt, daß der neue Ford in Deutschland nicht zugelassen werden wird, da das Bremsensystem des neuen Modells, wie es in vielen Städten des deutschen Reiches der Öffentlichkeit vorgeführt wurde, nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Ebenso wie in Deutschland ist man übrigens auch in einer Anzahl von Amerikastaaten, unter denen sich auch der Staat Washington befindet, zu der Erkenntnis gekommen, daß die Bremsung des Wagens den behördlichen Vorschriften nicht nachkommt. Es mangelt also dem neuen Fordwagen an der für den öffentlichen Verkehr geforderten und unbedingt notwendigen Verkehrssicherheit vom gesetzlichen Standpunkt aus. Aus diesem Grunde ist, wie amerikanische Nachrichten besagen, in den Werkstätten Fords in Amerika bereits ein fieberhafte Tätigkeit entwickelt worden, um dem jetzt nicht den Verkehrsbedingungen entsprechenden neuen Modell noch eine Getriebereife anzulegen.

Ein italienischer Schritt in Wien?

Die Innsbrucker Blätter sämtlicher Parteirichtungen und auch die christlich-sozialen Parteiorgane sind mit den jüngsten Äußerungen des Bundeskanzlers Dr. Seipel über die süditalienische Frage nicht einverstanden und verlangen eine energisichere Vertretung der Interessen der Deutschen südlich des Brenners. In diesem Zusammenhang bringt die sozialdemokratische „Volkszeitung“ die Mitteilung von einem Schritt der italienischen Regierung im Wiener Außenministerium wegen angeblicher für Italien unfreundlicher Reden einiger Tiroler Landtagsabgeordneten, die während der Debatte über die Schaffung einer Tiroler Landesmünze für die Verteidiger Tirols während des Weltkrieges gehalten worden seien.

Das Reichskabinett befaßte sich am Montag erneut mit dem Arbeitsnotprogramm und insbesondere der Vorbereitung und Sicherstellung seiner parlamentarischen Erledigung. Außerdem wurden die Kabinettsberatungen über die Zusammenfassung der Kommission zur Verfassungs- und Verwaltungsreform zu Ende geführt. Sobald nunmehr die auf der Länderkonferenz in Aussicht genommene Fühlungnahme mit den Länderregierungen hinsichtlich der personellen Zusammenfassung durchgeführt ist, wird die Reichsregierung die gemischte Kommission alsbald zur Aufnahme ihrer Reformarbeiten nach Berlin einberufen.

Ein Lehrgang über deutsches Siedlungsweesen in Stadt und Land. Die Vereinigung „Deutsches Archiv für Siedlungsweesen e. V.“ veranstaltet mit Unterstützung verschiedener Ministerien in der Zeit vom 6. bis 10. März in Berlin einen Lehrgang über „Das deutsche Siedlungsweesen in Stadt und Land“. Er soll insbesondere den bereits in der praktischen Arbeit Siedelnden Gelegenheit geben, sich in der kurzen Frist von einer Woche über die wichtigsten Einzelfragen des Siedlungs-, Wohnungs- und Bauwesens zuverlässig zu unterrichten. Eine Reihe erster Fachmänner sind als Vortragende gewonnen.

Der Cavell-Film in England nicht freigegeben. Die Londoner Filmzensurbehörde hat die Genehmigung zur Vorführung des Cavell-Films verweigert. Der Filmunternehmer Wilcox erklärte, daß er dem Wunsch des Schauspielers gemäß den Film zunächst der englischen Presse und in der nächsten Woche in Berlin vor deutschen Pressevertretern vorzuführen gedenke. Den Londoner Blättern zufolge wurde mitgeteilt, daß ein anderer Film, der das Leben der Krankenschwester Cavell behandelt und 1919 hergestellt worden war, demnächst wieder gezeigt werden soll. Dieser Film hatte damals die Zensurstandslos passiert.

Kontingenterstellung der ausländischen Filme in Frankreich. Im französischen Ministerrat unterzeichnete der Präsident der Republik ein vom Unterrichtsminister Herriot vorgelegtes Dekret, das die in französischen Kinos theatern vorzuführenden ausländischen Filme kontingentiert.

Steuerbefreiung für kinderreiche Familien in Italien. Der italienische Ministerrat hat auf Vorschlag Mussolinis einen Gesetzentwurf angenommen, durch den kinderreiche Familien von der Entrichtung von Steuern befreit werden. Die Befreiung erfolgt bei einer Zahl von sieben und mehr Söhnen, wenn das Familienerwerbvermögen sich in abhängiger Stellung befindet, und unbedingt, wenn die Zahl der Söhne zwölf und mehr beträgt.

Kurze Nachrichten

Der englische Vertreter in der Rheinlandskommission F. Das englische Mitglied in der Interalliierten Rheinlandskommission Carl of Erroll (früher Lord Almarud), ist am Montag in Koblenz plötzlich an Herzschwäche gestorben. Lord Almarud war nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen englischer Geschäftsträger in Berlin und gehörte seit 1921 der Rheinlandskommission an.

Die Aufwertung der Versicherungsgesellschaften. Im Reichstag ist ein Antrag Dr. Rademacher (Dnt.) eingebracht, der die Regierung ersucht, auf eine beschleunigte Feststellung und Bekanntgabe der Aufwertungsquoten der Versicherungsgesellschaften, vor allem bei Lebensversicherungen, hinzuwirken und grundsätzlich den Abschluß neuer Lebensversicherungsverträge unter Heranziehung der Aufwertungsquote aus alten Versicherungen zu ermöglichen.

Gegen den Luther-Film. Wie die „Tägl. Rundsch.“ meldet, hat nach dem Vorgehen der Berliner katholischen Geistlichkeit auch die Fuldaer Bischofskonferenz in einem Schreiben an das preussische Staatsministerium den Widerruf der Genehmigung des Luther-Films gefordert. Im preussischen Staatsministerium hat bereits ein Ausschuß über die Beschwerte beraten.

Das Badetal (Sax.) Naturdenkmal. Aus Magdeburg wird berichtet: Das Badetal ist in seiner ganzen Ausdehnung zwischen Thale und Treseburg zum Naturdenkmal erklärt worden. Auch die Klosterruine, der Segenplatz und der Girschgrund sind in diese Grenzen einbezogen worden.

Besuchung Lord Oxford. Montag vormittag fand in dem kleinen englischen Dorf Sutton Courtnay die Besichtigung des früheren britischen Premierministers Lord Oxford and Ashlith statt. Der Feierlichkeit wohnten nur die Familienangehörigen und einige persönliche Freunde des Verstorbenen bei. Heute findet der öffentliche Gedächtnisdienst in der Westminster Abtei statt.

Badischer Teil

Der Bau der Rheinbrücken

Dem Reichstagsabgeordneten Oskar Gert (Mannheim) ist am Samstag über den Stand der Rheinbrückenfrage die folgende amtliche Mitteilung zugegangen:

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft
Hauptverwaltung Berlin, 17. Februar 1928

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bezugnehmend auf unser Schreiben vom 4. März v. J. teilen wir ergebnis mit, daß die Verhandlungen über die Finanzierung des Baues der drei Rheinbrücken bei Mannheim-Ludwigshafen, Speyer und Mayau nunmehr abgeschlossen sind. Die Länder Bayern und Baden übernehmen je ein Sechstel, das Reich und die Deutsche Reichsbahn je ein Drittel der Baukosten.

Mit den Bauarbeiten kann wegen der noch vorzunehmenden umfangreichen Vorarbeiten voraussichtlich frühestens im Spätherbst dieses Jahres begonnen werden, vorausgesetzt, daß die Befähigungsbehörden, mit der wir gemäß Verordnung 222, Art. 11, der Interalliierten Rheinlandskommission vom 15. Nov. 1924 noch in Verbindung treten müssen, keine Schwierigkeiten bereiten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft
Hauptverwaltung (geg.) Kraefft.

Vor einigen Tagen haben, wie die „Bayerische Staatszeitung“ meldet, in Berlin Beratungen über die Veranstaltung eines öffentlichen Ideen-Wettbewerbs für die Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Speyer und Mayau stattgefunden. Der Wettbewerb, der mit Rücksicht auf die Bedeutung der Bauwerke und ihrer künstlerischen Einfügung in den Rahmen der Rheinromantische Landschaft veranstaltet wird, wird voraussichtlich Mitte März ausgeschrieben werden. Zu dem Preisgericht werden auch Vertreter der beteiligten Städte beigezogen werden.

Die Weinmosternte 1927 in Baden

Unter Zugrundelegung der beim Statistischen Landesamt eingelaufenen Herbstberichte aus 310 Rebban treibenden Gemeinden berechnet sich der Gesamtertrag an Wein in Baden im Jahr 1927 auf rund 180 000 Hektoliter von 12 126 Hektar ertragender Rebfläche, oder im Landesdurchschnitt 14,8 Hektoliter von 1 Hektar. Die für die einzelnen Weinbaugebiete ermittelten Durchschnittserträge sind unter sich zum Teil recht verschieden. Über den Landesdurchschnitt (14,8 Hektoliter) stehen: Kaiserstuhl mit 19,8 Hektoliter, untere Rheingebiet mit 19,7 Hektoliter, Seegengegend mit 19,4 Hektoliter, Ralsburg- und Neckargegend mit 17,4 Hektoliter. Unter dem Landesdurchschnitt liegen: Breisgaugegend mit 14,6 Hektoliter, Ortenau- und Bühlergegend mit 13,1 Hektoliter, Bergstraße mit 12,9 Hektoliter und Markgräflerland mit 10,9 Hektoliter. Sehr geringe Erträge verzeichnet das obere Rheintal mit 5,8 Hektoliter, ferner die Main- und Taubergegend mit nur 0,8 Hektoliter auf 1 Hektar. Vom Gesamtertrag sind 82 Prozent Reischwein, 7 Prozent Rotwein und 11 Prozent gemischter (Schiller-) Wein.

Nach den berichteten Preisangaben befreit sich der Gesamtgewinnwert des 1927er Weines auf rund 15 650 000 Reichsmark, d. h. im Landesdurchschnitt 87 Reichsmark für 100 Liter Wein überhaupt. In einzelnen Gebieten sind für bessere Lagen wurden jedoch zum Teil erheblich höhere Preise bezahlt. So erzielten die Markgräfler Reischweine durchschnittlich 98,4 Reichsmark, die der Ortenau- und Bühlergegend 94,4 Reichsmark, der Rotwein der Seegengegend 114,8 Reichsmark, des Kaiserstuhls 100 Reichsmark, der Ortenau- und Bühlergegend 140,8 Reichsmark usw. Die Preisangaben rühren in den meisten Fällen aus den Monaten Oktober und November vorigen Jahres her und dürften inzwischen mancherorts erheblich überholt sein, da die Nachfrage nach neuem Wein bei dem im allgemeinen geringen Ertragsnis sehr lebhaft war.

Haus- und Straßensammlung für die badischen Taubstummen

Am Sonntag, den 25. März, veranstaltet der Verein für badische Taubstumme eine Straßensammlung und in der anschließenden Woche eine Hausammlung zur teilweisen Deckung der Kosten für den Erwerb des Schlosses „Bruggalben“ in Neckargemünd, in welchem Lehrwerkstätten für taubstumme Lehrlinge und ein Altersheim für erwerbsunfähige Taubstumme eingerichtet sind. Der Minister des Kultus und Unterrichts hat genehmigt, daß die über 16 Jahre alten Schüler und Schülerinnen in der unterrichtsfreien Zeit sich an den Sammlungen beteiligen, soweit sie sich freiwillig zur Verfügung stellen.

Gleichzeitig wird die Lehrerschaft ersucht, die Bestrebungen des genannten Vereins in jeder Weise zu fördern und durch entsprechende Aufklärung der Schüler und der Bevölkerung das Verständnis für die Taubstummenfürsorge zu wecken und nützlich zu machen.

Die evang. Bezirksynoden des Jahres 1928

Auf den diesjährigen Bezirksynoden soll vor allem der Besprechung des Berichtes über die sittlich-religiösen Zustände der Bezirke genügend Zeit gewidmet werden. Bei der Berichterstattung und Besprechung sollen besonders berücksichtigt werden der Geburtenrückgang, seine Ursachen und seine Bekämpfung, und die Frage, inwieweit eine liturgische Bereicherung des Gottesdienstes erwünscht und im Rahmen der badi-schen Gottesdienstordnung möglich erscheint. Zu den Gegenständen, über die noch ein besonderer Bericht erstattet wird, sollen in diesem Jahr auch die Aufgaben und Ziele des evang. Wohlfahrtsdienstes gehören.

Der bäuerliche Versuchsring für den Acher- und Büllotgau

Am vorvergangenen Sonntag fand in Bühl, wie bereits schon mitgeteilt, unter Leitung des Landesökonomierats Kömmler eine aus dem ganzen Bezirke außerordentlich stark besuchte Versammlung statt zwecks Gründung eines bäuerlichen Versuchsrings für den Acher- und Büllotgau. Anwesend waren u. a. Landrat Billmaier, Bühl, der Kreisvorsitzende des Kreises Baden, Bürgermeister Schneider, Gaggenau, verschiedene Kreisräte, Landwirtschaftskammermitglied Morgenthaler, Fautenbach, Landesökonomierat Gerthe, Rastatt, zahlreiche Bürgermeister aus dem Amtsbezirke u. s. w. Landwirtschaftsrat Eberhard von der Bad. Landwirtschaftskammer referierte in vortrefflicher Weise über die Notlage der Landwirtschaft und über das Versuchsringswesen in Baden. Der Versammlungsleiter ergänzte das Referat durch Besprechung der besonderen Aufgaben des Versuchsrings im Bezirke Bühl. Nach einer regen Aussprache wurde die Gründung des Versuchsrings, welcher aus Mitgliedern der Landwirtschaftskammer und der Kreisverwaltung finanziert wird, einstimmig gutgeheißen. Bei der Wahl des Vorstandes und Beirates wurde Bürgermeister und Kreisrat Kallenbach, Gamsfurt, zum Vorsitzenden und Bürgermeister Weier, Neuweier, zu dessen Stellvertreter gewählt. Ringleiter ist Landesökonomierat Kömmler, Bühl.

Lohnbewegungen in Baden

Tariffreit im Mannheimer Gastwirts-gewerbe. Durch Verbindlichkeitsklärung eines Schieds-spruches des Schlichtungsausschusses Mannheim seitens des Landesrichters hat die Gastwirtsvereinigung, Freie Innung der Cotel, Restaurants, Kaffeehäuser und Konditoreibetriebe Mannheim, den organisierten Angestellten der jeweiligen Betriebe auf den 27. Februar genehmigt.

Tagungen

Tagung des Badi-schen Lehrervereins. Vom 2. bis 4. April d. J. findet in Bad Freyersbach, dem Erholungsheim des Badi-schen Lehrervereins, die diesjährige Vertreterversammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen neben geschäftlichen Punkten die Vorträge: Der Ausbau der Volksschule (Gerweck, Bruchsal), Die Mittlere Reife (Kimmelman, Karlsruhe), Auslandsdeutschstum und Schule (Dr. Paul, Rohrbach).

Gemeinde-Rundschaub

Karlsruher Wohnungsbau 1928. Der Stadtrat Karlsruhe setzte die Richtlinien für die Förderung des Wohnungsbaues durch städtische Bauhypotheken und Zinsbeihilfen fest. Mit Rücksicht auf die große Nachfrage nach Unterstützung, welche die vorhandenen Mittel bereits überfordert, werden weiterhin Grundstücke über die Reihenfolge der Zuteilung von Bauhypotheken und Zinsbeihilfen aufgestellt. Danach sind in erster Linie Gesuche, welche den Ausbau des Geländes zwischen Innenstadt und neuem Hauptbahnhof (Gebiet zwischen Kriegs-, Göttinger-, Post-, Reichs-, Kolping- und Karlstraße) zum Zwecke haben, zu berücksichtigen. — Die Ausschreibung eines Wettbewerbs unter der Aufsicht der Architektenschaft zur Erlangung von Entwürfen für die Aufstellung und architektonische Gestaltung des noch unbauten Gebiets beim Hauptbahnhof westlich der Bahnhofstraße wird vorbereitet.

Geburtenstatistik im Amtsgerichtsbezirk Bruchsal. Im Amtsgerichtsbezirk Bruchsal wurden im Jahre 1918 1708 und im Jahre 1926 1202 eheliche Kinder geboren. Es beträgt die Bevölkerungszahl des Amtsgerichtsbezirks im Jahre 1918 61 478 und im Jahr 1926 — 66167. Die Bevölkerung hat im ganzen in dieser Zeit um 4684 Einwohner zugenommen. Im Gegensatz zu dieser Zunahme haben die ehelichen Geburten abgenommen. Auf 1000 Einwohner kamen im Jahr 1918 33,17 eheliche Geburten und im Jahr 1926 21,4 Geburten. Im Zeitraum von 10 Jahren haben die Geburten um 11,77 Promill abgenommen. Wenn diese Geburtenabnahme weiter anhalten würde, würden im Jahr 1939 auf 1000 Einwohner nur noch 9,63 und im Jahr 1952 überhaupt keine Geburt mehr entfallen. Wenn auch die Kriegszeit die Abnahme verständlich macht, so hat auch die Nachkriegszeit einen Aufstiege nicht erkennen lassen. Es handelt sich hier nicht um lokale Verhältnisse in unserm Bezirk, sondern um Erscheinungen allgemeiner Art, die nicht unbeachtet bleiben sollten.

Abgelehnter Voranschlag. Der Bürgerausschuß Rot (Amt Wiesloch) hat den Voranschlag für 1927/28 abgelehnt. Ferngas im Taubertal. Wie aus Tauberbischofsheim berichtet wird, sollen die Vorarbeiten für die Ferngasversorgung des Taubertales bereits in vollem Gange sein. Als Auftakt zu einer Gaswerbbezirk im Tauberbischofsheim, Lauda und anschließend Bad Mergentheim hielt das Gaswerk Würzburg in Großrinderfeld den ersten, außerordentlich stark besuchten Gasabend ab.

Der Stadtrat Offenburg hat beschlossen, eines der Kaiser-nengebäude für die Zwecke der Mädchenrealschule umzubauen. Der Kostenvoranschlag beträgt 170 000 Reichsmark, wozu auch für Inneneinrichtungen 40 000 Reichsmark kommen. — Da die diesigen Befehle vom Lande beim Handwerksmeister keine Kost und Wohnung mehr erhalten, ist vorgesehen, bei dem katholischen Gesellenhaus einen Aufbau zu machen und hierdurch Wohnräume zu gewinnen. Hier sollen auch die Besucher der landwirtschaftlichen Winterschule, denen die Mitleid-lehr am gleichen Tage nicht mehr möglich ist, in einem Internat untergebracht werden. Das Vorhaben ist jedoch nur auszuführen, wenn der Kreis einen Zuschuß bewilligt. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß das zu errichtende Heim keinen konfessionellen Charakter tragen darf. Der Stadtrat ist bereit, 25 000 Reichsmark zum Zinsfuß von 8 Proz. und 1 Proz. Tilgung zu gewähren. — Der deutsche Weinbauon-greß findet im Jahre 1929 in Offenburg statt, nachdem Karlsruhe inzwischen als Kongressstadt zurückgetreten ist. — Die Stadt Offenburg beschäftigt, von Herrn D. K. ab eine Musikschule für Violine und Sackinstrumente ins Leben zu rufen. Die Schule bezweckt in der Hauptfache die Vorbereitung eines Nachwuchses für die Stadtmusik, sie soll aber auch anderen begabten Schülern die Möglichkeit bieten, sich in Musik auszubilden. Der Violinunterricht wird vom 8. und der Blas-unterricht vom 13. Lebensjahr ab

In Lauda keine Wohnungsnot mehr. Da in Lauda kein Wohnungsmangel mehr besteht, hat der Gemeinderat beim Bezirksamt den Antrag gestellt, für Lauda die Wohnungs-mangelvorschriften aufzuheben. — Anlässlich des 30jährigen Bestehens des Laudaer Gewerbevereins findet hier vom 8. bis 10. Juni eine Gewerbeausstellung statt.

Aus der Landeshauptstadt

Tagung der Führer der Deutschen Turnerschaft in Karlsruhe. Zum ersten Male seit Kriegsschluss wurde eine süddeutsche Stadt als Tagungsort für die deutsche Turnerschaft ausersehen. Der Hauptauschuß der D. T., der sich aus sämtlichen Kreisvertretern der 18 Turnkreise und dem Vorstand der D. T. sowie aus den verschiedenen Fachwarten und Vorsitzenden der Unter-ausschüsse zusammensetzt, wird anlässlich des 100. Geburtstages des belannnten Turnersführers und Turnerschriftstellers Alfred Maul am 13., 14. und 15. April in Karlsruhe zur diesjährigen Tagung zusammengetreten. Das Programm sieht u. a. eine Gedenkfeier am Mauldenkmal vor, ferner ein großes Festbankett, das die badi-sche Regierung mit den Karlsruher Turnvereinen veranstaltet. Am Sonntag, den 15. April vormittags, tritt der Hauptauschuß zu einer Sitzung zusammen. Angehängt des bevorstehenden 14. Deutschen Turnfestes in Köln erhält die Tagung in Karlsruhe eine besondere Bedeutung. Außerdem wird sich der Hauptauschuß mit Vorschlägen zur Erhebung des kürzlich verstorbenen Oberturnwarts der D. T., Max Schwarze, Dresden, befassen. Es soll eine Max-Schwarze-Stiftung mit einem Grundstock von 10 000 Reichsmark gegründet werden. Als Abschluß der Tagung beabsichtigt der Pfälzer Turnerbund die Mitglieder des Hauptauschusses zu einer Rundfahrt durch die Pfalz einzuladen.

Stiftung für das Scheffelmuseum. Medizinrat Dr. Hoffmann und Frau Lina Hoffmann geb. Klose, Karlsruhe, überliefern dem Deutschen Scheffelfund für das Deutsche Scheffelmuseum ein Bronzerelief Scheffels, von Bildhauer F. Beer gearbeitet. Das wertvolle Stück stammt aus dem Nachlaß des Landschaftsmalers Klose, der mit dem Dichter eng befreundet war.

Der Deutsche evangelische Pfarrtag in Karlsruhe. In der Gesamtvorstandssitzung des Verbandes der Evang. Pfarrvereine, die zu Berlin am 14. Februar gehalten wurde, ist als Zeit für die große Gesamttagung in Karlsruhe der 10. bis 15. September bestimmt worden.

Badi-sche Lichtspiele — Konzerthaus. Eine köstliche Unterhaltung bietet das nun für den Film bearbeitete, erfolgreiche Lustspiel „Am weißen Rößl“ von O. Blumenthal und G. Kadelburg. Durch den geschickten Aufbau des Filmes wird die Spielhandlung ausgerechnet verständlich, die schönsten Reizpunkte sind eingetreten, so daß manche Szenen wahre Laus-salben hervorgerufen. Der Film ist im Salzammergut gedreht worden, prachtvolle Landschaftsaufnahmen bieten sich dem Auge und geben dem Lustspiel einen schönen Hintergrund. Hervorzuheben ist noch die ausgezeichnete Darstellung, alle in die Handlung eingreifenden Personen sind gut charakterisiert. — Die Ophelien-schau ergänzt mit interessanten Aufnahmen der neuesten Ereignisse die Darbietungen. Das zahlreiche Publikum amüsierte sich erfreut ausgezeichnet.

Unbestätigtes Gerücht. Die Annahme, daß in Berlin einer der Karlsruher Justizfassenräuber verhaftet worden sei, hat sich nach Gegenüberstellung des Chauffeurs, der seinerzeit die drei Verhafteten mit dem Auto nach Mannheim gebracht hat, als falsch erwiesen. Die festgenommene Person ist in eine andere Straffache verwickelt.

Ein Betrüger festgenommen. Ein 31-jähriger verheirateter Postkassierer von hier, der sich unter falschem Namen und ihm nicht zustehenden Titeln, wie Postwart und Eisenbahnsekretär, von auswärtigen Firmen in mehreren Fällen Waren von erheblichem Werte hat schicken lassen und die Lieferfirmen geschädigt hat, wurde festgenommen.

Badi-sches Landestheater. In der am Freitag, den 24. Februar, unter der musikalischen Leitung von Rudolf Schwarz und der Regie von Otto Krauß in Szene gehenden Aufführung von Gounods Oper „Margarete“ singt Wilhelm Rentwig die Partie des „Baui“. Die Vorstellung findet für Platzmiete C (nicht Freitagsmiete) statt.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einfluß des über dem Kontinent aufgebauten Hochdruckgebietes ist auch bei uns inzwischen allgemein Aufbesserung eingetreten, so daß tiefe Lagen stellenweise Nachtfrost hatten. Die Hochdruckwetterlage wird voraussichtlich anhalten. Voraussage für Mittwoch: Anhaltend trocken und zeitweise heiter bei schwachen Ostwinden, in Aufbesserungsgebieten Nachtfrost und tagsüber mild, Gebirge anhaltend leichter Frost.

Verschiedenes

Das Urteil im Krantyprosch

Paul Krantyp wurde am Montag vom Berliner Gericht wegen verbotenen Waffentragens zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, im übrigen freigesprochen. Die Strafe wird auf die erstlittene Unternehmungshaft angerechnet. Der Staats-anwalt hatte wegen Wittertschaft am Totschlag 1 Jahr 1 Monat Gefängnis beantragt, wozu 6 Monate 1 Woche als durch die Unternehmungshaft verbüßt gelten sollte. Der Verteidiger plädierte auf Freisprechung. Bei Begründung des Urteils betonte der Vorsitzende, daß der Angeklagte von dem Verdacht der Tat des gemeinsamen Totschlages keineswegs frei geworden sei, und daß er lediglich wegen mangelnder Beweise hätte freigesprochen werden müssen. Zum Strafmaß wegen unerlaubten Waffentragens führte der Vorsitzende auf, es habe auf Gefängnisstrafe erkannt werden müssen, weil durch den Waffentrag und das leichtfertige Fortgeben der Waffe an einen Unbekannten eine entsetzliche Tat geschehen sei. Strafmildernd sei die Jugend des Angeklagten in Betracht gezogen worden. Die Kosten des Verfahrens seien, soweit Freisprechung erfolgt sei, der Staatskasse zur Last gelegt worden.

Kälte-welle in Nordamerika

WVA. New York, 20. Febr. Nach mehreren Wochen unsicheren Wetters trat gestern binnen weniger Stunden ein erheblicher Temperaturrückgang von 26 bis 14 Grad ein. Der nördliche Teil der Vereinigten Staaten wurde von Schneefürstern heimgesucht, aber auch die berühmten Winterkurorte in Florida wurden von der Kälte-welle betroffen. Das kalte Wetter ging aber mit der gleichen Plögligkeit mit der es gekommen war, vorüber; jetzt ist mäßige Temperatur mit Regen eingetreten.

Bergwerk-sunglück in Amerika

WVA. Pittsburg, 21. Febr. (Tel.) In einem Kohlenbergwerk bei New Kensington sind 40 Bergleute durch eine Explosion verunglückt worden. Da in dem Schacht gleichzeitig ein Brand ausgebrochen ist, gestalten sich die Rettungsarbeiten außerordentlich schwierig.

Kurze Nachrichten aus Baden

Feibelberg, 18. Febr. Vor einigen Tagen liehen in dem antihistorischen Lokal „Zum Ritter“ Studenten des Waffensports, und zwar Angehörige der Verbindungen „Frankonia“ und „Vineta“, einem Hochschulprofessor das Licht auszudehnen und ihm das Lokal verbieten. Es handelte sich, wie die „Frf. Ztg.“ meldet, um Prof. v. Gardt, dem Leiter des Instituts für Zeitungs-wesen, der in Begleitung mehrerer Freistudenten und dreier Altmitglieder in später Abendstunden Einkehr gehalten hatte, um eine begonnene Diskussion fortzusetzen. Als das Licht in seiner Ecke plötzlich erlosch und Prof. v. Gardt sich nach den Ursachen erkundigte, wurde ihm vom Geschäftsführer des Lokals erklärt, daß er mit seinen Begleitern auf Wunsch des Waffensports das Lokal sofort zu verlassen habe. Prof. v. Gardt legte am nächsten Tage Beschwerde beim Rektor ein und beantragte die Einleitung eines Disziplinarverfahrens. In der gestrigen Abstimmung gab der Feibelberger Waffensport eine Erklärung ab, daß er das Vorgehen seiner Kommilitonen mißbillige und sein Bedauern darüber ausspreche.

ld. Freiburg i. Br., 20. Febr. Der von der Freiburger Boten-Karnevals-gesellschaft veranstaltete Rosenmontagszug war für Freiburg und die vielen Tausende, die von nah und fern herbeigeeilt waren und die die Straßen der Stadt säumten, ein wirkliches Ereignis. Über eine Stunde dauerte der Zug, in der sich prachtvolle Gruppen und Einzelkünstler bewegten, ein wirkliches Ereignis. Über eine Stunde dauerte der Zug, in der sich prachtvolle Gruppen und Einzelkünstler bewegten, ein wirkliches Ereignis. Über eine Stunde dauerte der Zug, in der sich prachtvolle Gruppen und Einzelkünstler bewegten, ein wirkliches Ereignis.

ld. Donaueschingen, 20. Febr. Bei herrlichem Vorfrühlingswetter ging am Sonntag nachmittag der Faschachtszug der hiesigen Karrenzunft Frohinn vor sich. Eine unüber-sehbare Menschenmenge, die Donaueschingen seit Jahren nicht mehr gesehen, säumte die Straßen der Stadt. Der Umzug bestand aus 36 Wagen und Gruppen, die in sehr altlicher Weise Bilder aus der 2000 Jahre alten Geschichte des Weltjohannisbades Donaueschingen darstellten.

ld. Haslach, 20. Febr. Unter einem ungeheuren Fremden-zutrom — man schätzt die Zahl der Zuschauer auf ungefähr 15 000 — und bei günstigem, prächtigen Frühlingswetter, wurde hier am Faschachtsontag das große historische Woll-spiel „Der Leutnant von Hasle“ aufgeführt. Die Karren-zunft hatte gewaltige Anstrengungen gemacht, um dieses Schauspiel, zu welchem Hans Jakob in seiner Erzählung den Stoff lieferte, zu ermöglichen. Über 700 Personen mit 120 Pferden aus Haslach und Umgebung wirkten mit.

D3. Konstanz, 20. Febr. Heute nachmittag ereignete sich im Krudel des Mastentreibens ein schwerer Unglücksfall. In der Bodansträße wurde durch ein schweres Lastauto, das ebenfalls mit Masken besetzt war, ein fünfjähriges Kind überfahren. Das Kind, dem die Räder über den Kopf gingen, war sofort tot.

D3. Ludwigshafen a. Rh., 20. Febr. Als am Sonntag mit-tag mehr als 60 000 Personen zu Fuß die Rheinbrücke von Ludwigshafen nach Mannheim passierten, wurde etwa 10 Minuten lang von der französischen Besatzungspolizei eine Kontrolle vorgenommen. Unter den Passanten entstand dadurch ein ziemlich großer Tumult und heftige Aufregung.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Beiträge für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung.

Im Jahre 1927 betrug der Aufwand der badi-schen land-wirtschaftlichen Berufsgenossenschaft nach dem vorläufigen Rechnungsab-schluß:

1. Unfallentschädigungen	8 753 580 RM
2. Kosten der Unfalluntersuchungen, Feststellung der Entschädigungen	158 206 "
3. Kosten des Rechtsganges	18 348 "
4. Unfallverhütungs-kosten	5 012 "
5. Persönliche und sachliche Verwaltungs-kosten	171 218 "
6. Gebüh-ren für Einzug der Beiträge durch die Finanzstellen	185 000 "
7. Einlage in die Rücklage	10 000 "
8. Ausfälle — uneinziehbare Beiträge	45 000 "
9. Gebüh-re für die Rücklage-zuführung und für die Ausfälle	2 200 "

Außer diesen Aufwendungen im Gesamtbetrage von 4 348 564 RM müssen den durch Umlage aufzubringenden Beiträgen zugeschlagen werden:

10. Zur Verklärung der Betriebsfonds, und zwar:	
a) zur Ansammlung eines Fonds zur teilweisen Verteilung der an die Zentralpost-behörden abzuführenden Postvorschuße — sog. Postbetriebs-fonds	200 000 RM
b) zum Betriebsfonds für laufende Verwaltung	45 000 "
	245 000 RM

An diesem Aufwand von 4 593 564 RM sind gedeckt durch Einnahmen aus:

Zinsen aus den Betriebsfonds, Straf-geldern, Einnahmen aus Entschädigungser-sparnissen, sonstigen Einnahmen	48 774 "
---	----------

Es sind daher für das Jahr 1927 insgesamt 4 544 790 RM von den Genossenschaftsmitgliedern durch Umlage zu erheben.

Die Gesamtzahl der für das Gebiet der Genossenschaft ab-geschätzten Arbeitstage be-ziffert sich bei 274 680 umlage-pflichtigen Betrieben auf 62 860 000 und die Gesamtsumme der hieraus berechneten Arbeitswerte auf rund 162 500 000 RM. Demgemäß ist vom Vorstand der Berufsgenossenschaft der zur Aufbringung der umzuliegenden Summe zu entrichtende Beitrag auf 2,80 RM

— Zwei Reichsmark, 80 Pf. — von je 100 RM Arbeitswert festgesetzt worden. Gemäß § 57 der Verordnung vom 31. Dezember 1912, den Vollzug der Reichsversicherung-ordnung hinsichtlich der Versicherungsbeträgen und der Unfallversicherung (RGBl. S. 479), bringen wir dies zur öffentlichen Kenntnis.

Karlsruhe, den 17. Februar 1928.
Badi-sches Landesversicherungsamts
Dr. Klotz.

